



## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

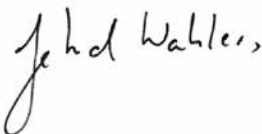
„Deutschland auf einem anderen Kontinent“, so überschrieb das US-amerikanische Pew-Institut eine im Mai erschienene Umfrage: 60 Prozent der befragten Deutschen äußerten sich grundsätzlich positiv zur Europäischen Union – im EU-Schnitt waren es lediglich 43 Prozent. Besonders deutlich zeigte die Studie, dass die Einstellung der Franzosen von derjenigen der Deutschen immer stärker abweicht und stattdessen immer mehr der Meinung aus anderen Ländern im Süden der Europäischen Union entspricht. Die Sorge, dass Deutschland und Frankreich auseinander driften könnten und die politische Führung beider Länder nicht mehr zu gemeinsamen Positionen finden könnte, nimmt angesichts solcher Umfragen und nicht zuletzt angesichts einer merklich angespannten politischen Stimmung zu.

In mehreren Jahrzehnten europäischer Integration hat sich gezeigt: Ohne gemeinsame Schritte der Deutschen und der Franzosen stockt das historische Einigungswerk. Wenn die europäische Gemeinschaft spürbare Integrationschritte vollzogen hat, geschah dies meist, weil einflussreiche Länder ihre Ideen verschmolzen haben und ihr politisches Gewicht für deren Umsetzung einbrachten – und meist waren dies Deutschland und Frankreich. In der aktuellen Verschuldungskrise bedarf es erneut dieser gemeinsamen Führung aus Berlin und Paris. Konstruktionsmängel der Wirtschafts- und Währungsunion haben die Eurozone ins Wanken gebracht. Wirksame Sanktionsmechanismen und eine bessere wirtschaftspolitische Koordinierung sind geboten. Es gilt, zu einer Stabilitätskultur mit verbindlichen Regeln zu gelangen. Wie dies gelingen kann, darüber besteht zwischen den Regierungen in Deutschland und Frankreich noch keine Einigkeit. Diese ist aber notwendig, um die Schwächen im europäischen System beheben zu können.

Auf nationaler Ebene hat es in einer Reihe von Ländern bereits Fortschritte gegeben. In den betroffenen Euroländern

haben der Schuldenabbau und erste, zum Teil sogar weitreichende Strukturreformen begonnen. Darauf weisen die Autoren in dieser Ausgabe der *Auslandsinformationen* hin, die aus Frankreich, Griechenland, Spanien und Portugal berichten. Zwischen 2009 und 2012 haben die griechischen Regierungen die staatlichen Primärausgaben um mehr als 22 Prozent gesenkt, schreibt Susanna Vogt in ihrem Beitrag aus Athen. Das Haushaltsdefizit wurde beachtlich reduziert, für alle Ministerien wurden Ausgabenobergrenzen formuliert. Renten, Löhne und Gehälter wurden gekürzt. Dies alles muss in Griechenland gegen den Willen eines großen Teils der Bevölkerung umgesetzt werden. Auf die Frage, was der beste Weg sei, um die ökonomischen Probleme des Landes zu lösen, antwortete eine Mehrheit von 56 Prozent der vom Pew-Institut befragten Griechen, der Staat solle mehr investieren, um die Wirtschaft anzukurbeln. Lediglich 37 Prozent hielten es für wichtiger, dass der Staat seine Ausgaben reduziere – ein Tiefstwert unter allen befragten Nationen, der Sorge bereiten muss.

Ganz anders antworteten die Franzosen: 81 Prozent hielten den Schuldenabbau für die wichtigste Aufgabe. Dieser Anteil lag sogar noch höher als derjenige unter den befragten Deutschen (69 Prozent), und er zeigt: Die Franzosen sind durchaus bereit für die dringenden Reformen, die Frankreich zur Wiederbelebung seiner Wirtschaft vornehmen müsste und die Präsident Holland bislang scheut, wie Norbert Wagner in seinem Artikel berichtet. Deutsche und Franzosen befinden sich eben doch auf demselben Kontinent. Beide Seiten haben die Probleme erkannt. Wenn es zu einer substantiellen Lösung der Verschuldungskrise gekommen ist, die sicher nur in einer zunehmenden wirtschaftspolitischen Integration bestehen kann, wird dies wieder einmal durch die Zusammenarbeit der Deutschen und der Franzosen geschehen sein.



Dr. Gerhard Wahlers  
Stellvertretender Generalsekretär